

Vorwort des Herausgebers

„Wenn es ernst wird, gibt es Europa in internationalen Fragen nicht“, urteilte Ralf Dahrendorf im Vorjahr anlässlich eines Interviews. Noch immer ist es diesem Europa nicht gelungen, eine befriedigende Antwort auf die grundsätzlichen strategischen Fragen unserer Epoche zu finden, ebenso offen ist die Frage nach der europäischen Identität. In außenpolitischen Fragen existiert diese europäische Identität nicht; als entmutigende Fallbeispiele können die Jugoslawienkrise im Jahr 1992, die Krise in Albanien 1997 und der Kosovo-Konflikt angeführt werden. In der Epoche des kalten Krieges gab es von der bipolaren Weltordnung geprägte kollektive Identitäten, nunmehr sucht Europa nach „dem Bild seiner Vollendung“, welches der Finalität seines Einigungsprozesses eine Richtung geben könnte. Was im Gegensatz zur Außenpolitik globale Bedeutung erlangt hat, ist die europäische Wirtschaftskraft. Mit über 370 Millionen Konsumenten und einem Bruttoinlandsprodukt von mehr als 11 Billionen DM weist Europa den größten einheitlichen Markt der industrialisierten Welt auf. Manche Autoren (darunter *Werner Weidenfeld*) vertreten aus diesem Grunde die These, daß der EURO zum wesentlichsten Bindeglied europäischer Solidarität und Identität werden wird: Der EURO wird nicht nur als „Motor innerer Modernisierung“ Europas fungieren, sondern auch dessen Rolle in der Weltpolitik neu definieren. Durch den EURO ist die EU zu einem „global player“ in ökonomischer Hinsicht geworden und hilft, Europas Weltfähigkeit zu entwickeln. Es steht deshalb dafür, sich mit den praktischen Problemen auseinanderzusetzen, die sich im Bereich der Sicherheitspolitik am Weg zur europäischen Identität ergeben.

Warum beschäftigt sich ein Beitrag dieses Buches mit der Sicherheitspolitik der europäischen Mikrostaaten, die so klein sind, daß eine eigene Verteidigung nicht mehr praktikabel ist? Er demonstriert überzeugend, daß diese Länder auf ein stabiles sicherheitspolitisches Umfeld angewiesen sind. Manche Kleinstaaten hingegen geben sich noch der Illusion hin, eigene sicherheitspolitische Zielvorstellung verfolgen zu können und eine eigenständige Verteidigung beibehalten zu müssen. Es ist doch eigenartig, daß die energischsten Widerstände gegen eine gemeinsame europäische Verteidigung (abgesehen vom NATO-Mitglied Dänemark) gerade von den Ländern ausgehen, die sie noch am ehesten benötigen könnten, nämlich von Finnland, Österreich und Schweden.

So befaßt sich dieser Sammelband auch mit der sicherheitspolitischen Entwicklung der kleinen zentraleuropäischen Länder Österreich, Schweiz und Slowenien. Ihre noch ungenügende Integration in die europäische Sicherheitsstruktur erscheint geographisch wie ein Loch in dieser.

Freilich sind am Weg zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik bis hin zur Euroarmee noch große Probleme zu bewältigen, die aus den nationalen Souveränitätsvorstellungen resultieren; bei der Verteidigung geht es schließlich an den Kern der Eigenständigkeit bzw. Handlungsfähigkeit in den internationalen Beziehungen. Es geht nicht nur um die stärkere Vereinheitlichung, Rüstungs- und Beschaffungskoooperation und die Modernisierung der Streitkräfte - letztere insbesondere im Hinblick auf ihre Interventionsfähigkeit fern der Heimat – die Kooperationsfähigkeit der Europäer wird sich noch bei der Planung und dem Aufbau eines europäischen Raketenabwehrsystems zu erweisen haben. Die Fähigkeit zu einer gemeinsamen Verteidigungskonzeption wird erst bei der Erstellung eines gesamteuropäischen Nuklearkonzeptes bemessen werden können.

Die Problemlagen europäischer Sicherheit sind von Krisenzonen europäischer Randlagen ebenso wenig zu trennen wie von globalen Entwicklungen. Stellvertretend für die Problematik europäischer Randlagen kann der Mittelmeerraum erwähnt werden. Es gilt festzustellen, daß es der EU noch immer an einer Strategie zur Vermeidung von Konflikten, welche vom Mittelmeerbereich ausgehen könnten, fehlt: Migration, innenpolitische Radikalisierung durch religiösen Fundamentalismus und Terrorismus, Kampf um Ressourcen wie Wasser und Erdöl.

Besondere Schwerpunkte für die Analysen des sicherheitspolitischen Umfeldes Europas sind neben den griechisch-türkischen Beziehungen, der Entwicklung im Kaukasus und der veränderten strategischen Situation im Schwarzmeerraum natürlich die Entwicklung im Nahen Osten, dessen Befriedung eine zunehmende Aufgabe nicht nur der USA sondern auch der EU sein muß.

Konsistenter entwicklungspolitischer Leitlinien bedarf es auch für Afrika. Viele Konfliktpotentiale haben ihre Wurzeln in der Kolonialzeit, und wurden zusätzlich durch die Instrumentalisierung afrikanischer Staaten in der Zeit des kalten Krieges verschärft. Auch in Europas Interesse bedürfte die westliche Staatengemeinschaft der Erstellung von konsistenten entwicklungspolitischen Konzepten. Die – soweit vorhandene – europäische Afrikapolitik steht in einem Spannungsverhältnis zwischen historischen Verpflichtungen und geringen geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen. Mit Ausnahme Frankreichs ist das europäische Engagement eher gering; ohne europäische Afrikapolitik wird sich das Krisenpotential jedoch weiterhin verschärfen. Dem gilt es heute schon vorzubeugen, denn auch die afrikanischen Konflikte werden auf Dauer nicht spurlos an Europa vorbeigehen.

In der interdependenten gewordenen Welt muß Sicherheitspolitik immer global orientiert sein. Das wird immer schwieriger, weil es immer mehr Akteure in der Welt gibt und immer mehr von ihnen (in der außereuropäischen Welt) zu ernstzunehmenden Machtfaktoren geworden sind. Indien und Pakistan haben das zuletzt durch das Erringen ihres Status als Nuklearmächte demonstriert. Globale Machtverschiebungen können insbesondere dann eintreten, wenn die Wirtschaftsweltmacht Japan sich durch die Anstrengung weiterer Staaten bei der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen herausgefordert fühlt und aufgrund zunehmender Spannungen im Fernen Osten beschließen sollte, selbst Atom- und Militärmacht werden zu wollen - was sie zweifellos in kürzester Zeit könnte.

Eine globale Betrachtung der Welt wird zwar immer schwieriger, aber auch immer nötiger. Dieses Problem wird auch durch *Günter Joetzes* These nicht vereinfacht, wonach eine Ordnung der Welt durch Teilung entstehen könne. Danach bleibt die „nicht vernetzte Welt“ der Entwicklungsländer von der zivilisatorischen Revolution weniger erfaßt als das Viertel der globalisierten Weltbevölkerung, was auch sicherheitspolitische Auswirkungen haben wird. Der Begriff der Globalisierung und ihrer Problematik ist somit nicht auf Wirtschaft und Finanzwelt zu beschränken. Entscheidende Bedeutung kommt auch der Globalisierung der Menschenrechte zu. Militärische Interventionen, welche sich auf humanitäre Begründungen beriefen wie in Osttimor und im Kosovo, sowie Äußerungen von Präsident Clinton und UNO-Generalsekretär Annan, erwecken den Anschein einer Entwicklung zu einer weltweiten und unaufhaltsamen Geltung der Menschenrechte. Gleichwohl ist auch die Ambivalenz zwischen staatlicher Souveränität und der universellen Gültigkeit der Menschenrechte nicht neu; nach wie vor existieren Nationalstaaten, welche auf unabsehbare Zeit die Akteure politischen Geschehens darstellen werden. Eine allgemein akzeptierte internationale Ordnung, auf welche sich Interventionen zum Schutz der Menschenrechte abstützen könnten, existiert nicht. Die „humanitäre“ Intervention der NATO in der BR Jugoslawien kann nur bedingt als solche gesehen werden (*Karl Zemanek*). Die Problematik eines wachsenden Unilateralismus in den internationalen Beziehungen, welche nichts mit der Idee der ursprünglichen humanitären Intervention zu tun hat, steht jedenfalls ebenfalls auf der Agenda sicherheitspolitischer Überlegungen.

Die künftige Bedeutung der Rolle der internationalen Organisationen, insbesondere der UNO, als wichtige Institutionen der Sicherheit und der internationalen Ordnung steht ebenso auf dem Spiel wie die ihrer moralischen Wertigkeit – davon ist auch der Europarat nicht ausgenommen. Die gegenwärtige überragende Bedeutung der NATO (zumindest für Europa) hat sich hingegen durch den Kosovo-Konflikt wieder einmal bestätigt. Laut *Robert Hunter* wird sie aber im Wesentlichen eine Regionalorganisation bleiben, die in erster Linie Europas Gestalt und Entwicklung bestimmen wird. Nach ihrer ersten Osterweiterung und der Annahme eines neuen Strategiekonzeptes der NATO verändert sich diese natürlich. Wie weit sich auch ihre

Rolle verändert, bleibt aber noch abzuwarten. Gegen die Rolle der NATO als „Friedensengel“ spricht nach *Karl-Heinz Kamp*, daß Menschenrechte und humanitäre Erwägungen nicht ausreichen, um die Mitgliedsstaaten zum Einsatz ihrer Streitkräfte zu bewegen. Zwar werde der Handlungsspielraum der NATO nicht auf Europa beschränkt werden können, gleichwohl ist die Gefahr eines „globocop“ jedoch dadurch gering, daß die NATO eine Allianz von 19 demokratischen Staaten darstellt, welche aufgrund dieser Tatsache nicht zu militärischem Abenteuerertum neigen. Ob das auch bei Rußland so sein wird? Daß Rußlands politische Elite den Anspruch auf eine Weltmachtstellung im Rahmen einer multipolaren Weltordnung nicht aufgegeben hat, kann man als gegeben annehmen. Diesem Anspruch stehen die Probleme des wirtschaftlichen Transformationsprozesses entgegen. Rußland sollte im eigenen Interesse eine Konzentration auf seine innenpolitische Entwicklung vornehmen - in enger Kooperation mit dem Westen. Aber die russische Außenpolitik, konzentriert auf die Schaffung eines gesamt-europäischen Sicherheitssystems, ist geopolitisch fundiert und versucht die Voraussetzungen der Wiederkehr als Großmacht vorzubereiten. Das Streben der baltischen Länder nach Sicherheit im Rahmen der NATO wird dabei ebenso behindert, wie die Entwicklung der kaukasischen und zentralasiatischen Länder, in denen sich Rußland (verständlicherweise) für die Wahrnehmung seiner ökonomischen Interessen gegen den Westen engagiert.

Europäische Sicherheit wird aber nicht nur von den transatlantischen Beziehungen bestimmt werden, sondern auch von der Frage der Energiesicherheit und von den globalen Entwicklungen. Der Sammelband behandelt deshalb neben einer sicherheitspolitischen Bestandsaufnahme Asiens, welche die US-Beziehungen zu Japan und China beinhaltet, die mögliche künftige Rolle Japans und der neuen Atommacht Indien grundlegende globale Probleme: Geoökonomische Aspekte im Energiebereich, die Verfügbarkeit von Wasser als Konfliktpotential, die Entwicklungsverluste der Dritten Welt durch ihre übermäßige Rüstung, den Erfolg der Abrüstungs- und Rüstungskontrollprozesse und das Weltbevölkerungswachstum. Nach *Hans Fleisch* werden die globalen politischen Auswirkungen des Bevölkerungswachstums dazu führen, daß sich künftige Konflikte grundlegend verändern: An die Stelle politischer Rivalitäten einzelner Mächte treten Instabilitäten, welche auch die Grundlagen sozialer und politischer Strukturen Europas gefährden können; man kann sogar eine Verschiebung der sicherheitspolitischen Bedeutung der „westlichen Welt“ prognostizieren: Staaten der „Dritten Welt“ können aufgrund einer sehr jungen Altersstruktur „fast unbegrenzt Soldaten rekrutieren“ und dadurch - ungeachtet „relativer Unterentwicklung“ - ein Militärpotential entfalten, welches sowohl regional als auch global machtpolitische Gleichgewichtslagen verändern kann.

Das Interesse der europäischen Öffentlichkeit war im Jahre 1999 auf den Kosovo-Konflikt gerichtet. Hat sich in diesem eigenartigen Luftkrieg eine neue Ordnungsvorstellung herausgebildet, die Erlaubtheit der humanitären Intervention und das Ende der nationalen Souveränität als oberstes Prinzip in den internationalen Beziehungen durchgesetzt? Hat sich die NATO in der Wahrnehmung neuer Aufgaben bewährt? Jedenfalls hat sich die Bundeswehr an einem Krieg beteiligt und Deutschland damit die Übernahme größerer Verantwortung in Europa demonstriert. Die Möglichkeit der Realisierung des Selbstbestimmungsrechts hat sich neu dargestellt. Wenngleich es noch zu früh ist, die Frage, ob der Kosovo-Konflikt ein Wendepunkt der sicherheitspolitischen Entwicklung war, zu beantworten, so sind doch bereits einzelne Aspekte zu beurteilen, wie dies u. a. *Klaus Naumann* tut. Das möge dazu dienen, das Interesse an der Aus- und Bewertung der Ereignisse in und um das Kosovo für die Weiterentwicklung von Konfliktlösung und des Konfliktmanagements wach zu halten. Die diesem Band abschließende Chronologie zur Sicherheitspolitik von *Peter Kustor* setzt bei der im Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1999 für die Zeit bis Juli 1998 vorgelegte Chronologie fort und belegt ausgewählte Ereignisse bis Ende Juli 1999. Sie möge ebenfalls dem Zweck dienen, das Erfordernis zur Lösung zahlreicher Probleme in unserer Welt bewußt zu halten.

Erich Reiter, im Oktober 1999